



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2017
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 01.02.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anliegen der Jugendräte
4. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. . Präsentation des Konzeptentwurfs Jugendberufsagentur Hagen
6. . Bericht der Lenkungsgruppe "Kooperative Suchthilfeplanung"
7. . Urteil des VG Arnsberg hinsichtlich der Elternbeitragssatzung ab dem 01.10.2015
hier: Unterrichtung des JHA und des HFA
Vorlage: 0118/2017
8. . Psychisch kranke Kinder und Kinder psychisch kranker Eltern
Bericht der Verwaltung
9. . Projekt Kooperation mit der Polizei Hagen und dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Fachbereiches Jugend und Soziales für straffällig gewordene Kinder aus EU-Zuwandererfamilien
Bericht der Verwaltung
10. . Nachbenennung eines Vertreters der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0049/2017
11. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



II. Nichtöffentlicher Teil

1. . Mitteilungen
2. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in diesem Jahr.

Er stellt fest, dass es von Seiten der Ausschussmitglieder keine Anmerkungen zur Tagesordnung gibt.

Er teilt mit, dass es noch eine Vorlage der Verwaltung gebe, die mit auf die Tagesordnung genommen werden müsse, in der es um die Entscheidung des Verwaltungsgerichts zu der Elternbeitragssatzung für die Kitagebühren gehe.

Die Vorlage mit der Drucksachenummer 0118/2017 sei als Tischvorlage ausgelegt. Er schlage vor, diese Vorlage nach dem Punkt 6 einzufügen und zu beraten.

2. . Mitteilungen

Frau Kaufmann berichtet vom Stand des Unterhaltsvorschussgesetzes, bei dem es eine Neuerung gegeben habe. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführlich über dieses Thema berichten. Eine entsprechende Vorlage werde dem Verwaltungsvorstand in der nächsten Woche vorgelegt. Das Unterhaltsvorschussgesetz solle zum 01. 07.2017 in Kraft treten.

Sie beschreibe den Inhalt des Gesetzes.

Ein Problem sei weiterhin, wie das Land Nordrhein-Westfalen die Kosten auf die Kommune verteile, so dass diesbezüglich noch keine Prognose für Hagen getroffen werden könne. Aktuell betrage der kommunale Anteil an den Ausgaben für das Unterhaltsvorschussgesetz 43,3 %. Damit liege man leider an der Spitze aller Bundesländer und habe als Stadt einen hohen Anteil zu leisten.

Grundsätzlich müsse man leider damit rechnen, dass man enorme zusätzliche Mehrkosten haben werde. Man rechne mit 450.000 € an Mehrkosten.

Herr Reinke ergänzt, dass sich eine Anfrage an die Landesregierung in dem Zusammenhang auf den Anteil des Landes bezogen habe. Die Antwort dazu liege vor. Diese sei nicht befriedigend und es müsse noch daran gearbeitet werden.

Der geänderte Gesetzentwurf werde im Februar in erster Lesung im Bundestag beraten.

Herr Goldbach berichtet, dass das Land NRW beabsichtige, auch 2018 die Schulsozialarbeit auf Landeskosten weiter zu fördern. Man könne daher von einer Weiterförderung des Landes ab 2018 ausgehen, die dann nicht mehr befristet, sondern von den jeweiligen Haushaltsplänen abhängig sei. Das sei eine erfreuliche Nachricht und man habe den Auftrag des Ausschusses damit erfolgreich erfüllt.



Die Verwaltung werde das nun zum Anlass nehmen, intern darauf hinzuwirken, dass man die Schulsozialarbeit nahtlos fortsetzen könne.

Frau Hamann schildert die Fortsetzung der Förderung des Jugendcafes Kabel. Eine Initiative der Bezirksvertretung Nord in Richtung Land mit Hilfe von Herrn Jörg sei erfolgreich gewesen.

Im Dezember letzten Jahres sei die Förderung im Landtag beschlossen worden. Es liege nun nach Antragsstellung schon die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns vor. Die Förderung erstrecke sich auf zwei Jahre. Das Konzept habe jetzt auch Projektstatus erhalten, was dazu geführt habe, dass man noch stärker gefördert werde als zuvor. Man habe nun noch zusätzlich einen Anteil aufsuchender Ressourcen in dem Sozialraum. Die positive Entwicklung habe dazu geführt, dass die Metzelder Stiftung die jetzige Förderung für Flüchtlingskinder um weitere zwei Jahre verlängert habe. Man freue sich über die breite Unterstützung für die jungen Menschen, die man in dem Cafe erreiche.

Herr Reinke erinnert an den gefassten Beschluss des Jugendhilfeausschusses und freut sich über die positive Entwicklung.

Er teilt weiterhin mit, dass am morgigen Tag im Gebäude der VHS die Demokratiekonferenz mit einem Referenten zum Thema „Fake News“ stattfindet. Dazu lade er herzlich ein.

Frau Keller ergänzt, dass bereits 50 Anmeldungen vorlägen. Der Raum würde bis zu 80 Personen fassen. Daher seien weitere Teilnehmer herzlich willkommen.

3. . Anliegen der Jugendräte

Frau Purps und Frau Öztskin berichten, dass Neuwahlen der Jugendräte stattgefunden hätten.

Sie beschreiben die Beteiligung des Hagerer Jugendrates an den Aktionen im Landesjugendrat.

Herr Reinke verweist auf die Vorlage zu der Neuwahl der Vertreter des Jugendrates im Jugendhilfeausschuss, die im Anschluss noch auf der Tagesordnung stehe.

Er wünscht den Vertreterinnen des Jugendrates weiterhin gutes Gelingen bei ihrem Wirken.



4. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch berichtet über den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen (siehe Anlage zu TOP 4).

Er teilt mit, dass es zurzeit so aussähe, dass man in der Tendenz eine Vielzahl von unversorgten Kindern habe, die derzeit auf den Wartelisten stünden. Es handele sich dabei aber um einen Bruttowert, weil sich erst herausstellen müsse, wie viele von den Eltern, die eine Absage erhalten hätten, tatsächlich einen Antrag auf Versorgung stellten. Dazu werde man erst in den nächsten Monaten eine konkrete Aussage treffen können. Es sei ein landesweiter Trend, der sich auch für Hagen abzeichne, dass es eine höhere Zahl von unversorgten Kindern gebe als in den letzten Jahren. Das liege unter anderem daran, dass sich der Wegfall des Betreuungsgeldes auswirke.

Außerdem gebe es im Moment eine falsche Mundpropaganda, die verbreitet werde, dass wer sich nicht für einen U-3-Platz anmelde auch keinen Ü-3-Platz bekomme. Das führe zu einem verstärkten Aufkommen an Anmeldungen und könne in naher Zukunft zu Problemen führen. Man habe von Verwaltungsseite Strategien entwickelt, wie man dieser Entwicklung begegnen könne. In der März Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde man konkretere Aussagen dazu machen können.

Frau Köppen möchte wissen, ob die Tagesmütter im U-3-Bereich diesen Bedarf nicht abfedern könnten.

Herr Hannusch antwortet, dass man dabei sei, den Bereich der Betreuung durch Tagesmütter auszubauen. Auch zu dieser Thematik werde man in der März-Sitzung mehr berichten. Zurzeit beschäftige man sich intensiv mit dem Bereich der Großta-gespflge, um ein hochflexibles Instrument zu haben, um möglichen Engpässen begegnen zu können.

Herr Goldbach ergänzt, dass das der Schlüssel zur Lösung sein könne. Wenn man sich in den umliegenden Städten den Bereich der Tagespflge anschau, stelle man fest, dass in Hagen noch viele Kapazitäten geschaffen werden könnten. Man müsse bei den Eltern deutlich machen, dass es sich hierbei nicht um ein minderwertiges Angebot handele.

Auf die Frage von Herrn Reinke, ob es bereits Lösungen dazu gebe, verweist Herr Goldbach auf die März-Sitzung.



5. . Präsentation des Konzeptentwurfs Jugendberufsagentur Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Reinke Frau Böhm von der Agentur der Arbeit und Herrn Vogt vom Jobcenter.

Frau Böhm und Herr Vogt präsentieren den Konzeptentwurf der Jugendberufsagentur Hagen (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Reinke fragt, zu welchem Zeitpunkt mit einer Umsetzung des Konzeptentwurfes zu rechnen sei.

Frau Böhm antwortet, dass nach aktuellem Stand damit zu rechnen und geplant sei, dass man im Sommer 2017 in die Umsetzung gehen wolle. Das könne sich allerdings auch jederzeit ändern. Für den Fall bitte sie um Verständnis.

Herr Goldbach merkt an, dass der Fachbereich seit Jahren dritter Partner sei. Man beschäftige sich schon lange mit diesem Thema und habe seit Jahren eine Kooperationsvereinbarung und eine bilaterale Vereinbarung mit dem Jobcenter über das sogenannte Schnittstellenmanagement. Dieser Baustein werde auch bei Umsetzung des Konzeptes bleiben. Man werde auch mit kommunalem Personal unter diesem Dach vertreten sein. Man müsse das Ganze als Projekt verstehen, das langsam wachsen müsse. Er beschreibe anhand eines Beispiels die Problematik der Bereitstellung von Personal, das die Kommune in diesem Zusammenhang hat. Das Ganze müsse im Rahmen des bestehenden Stellenpools erfolgen. Das Projekt sei ausgereift und bedeute für Hagen eine Bereicherung. Man werde sich sicher auch in Zukunft in diesem Ausschuss damit beschäftigen.

Frau Buchholz möchte wissen, wie viele Mitarbeiter dort tätig sein sollen und über welchen Zeitraum ein solches Beratungsangebot erfolge. Gebe es Maßnahmen wie bei dem Projekt „Go4Work“, um die jungen Menschen nicht zu verlieren?

Frau Böhm macht deutlich, dass es keine durchschnittliche Beratungsdauer gebe, weil jeder Fall individuell sei. Es handele sich auch nicht nur um eine reine Beratungsleistung, sondern sei umfassender gestaltet.

Herr Vogt führt aus, dass alle Leistungen, die aktuell unter den drei Rechtskreisen SGB II, SGB III und SGB VIII angeboten werden, auch künftig in der Jugendberufsagentur angeboten werden sollten. In dem Zusammenhang solle der Jugendliche umfassender beraten und betreut werden. Aus dem Bereich des Jobcenters seien 21 Mitarbeiter für den Einsatz in der Jugendberufsagentur vorgesehen.

Frau Böhm ergänzt, dass aus ihrem Bereich aktuell 26 Mitarbeiter vorgesehen seien. Es gebe aber noch Überlegungen, die die Anzahl der Mitarbeiter ggf. noch auf 30 verändern könnten.

Frau Gericke stellt eine Frage zum geplanten praktischen Ablauf in der Jugend-



berufsagentur. Habe der Jugendliche nur noch einen Ansprechpartner oder müsse er auch weiterhin parallel mit seinen Anliegen zu anderen Stellen gehen.

Frau Böhm betont, dass der Jugendliche nur noch einen Ansprechpartner haben solle. Wenn es Fragen gebe, werde sich dieser Hauptbetreuer die Informationen von den anderen Stellen holen und an den Jugendlichen weitergeben.

Frau Gericke fragt, ob das auch für die Leistungsgewährung gelte.

Herr Vogt antwortet, dass er seine Aussage für diesen Bereich leider einschränken müsse und das nicht möglich sei, da sich die Antragstellung in der Regel auf Bedarfsgemeinschaften beziehe. Da sei noch eine Schnittstelle vorhanden.

Frau Kaufmann nimmt Bezug auf die Jugendlichen, die keine Ausbildung und deutliche soziale Defizite hätten, was ihre Sozialkompetenz angehe. Was werde im Hinblick auf diese Defizite getan? Leider beendeten viele Arbeitgeber Arbeitsverhältnisse und teilten nicht mit, aus welchem Grund das geschehe. Sie habe den Eindruck, dass viele Arbeitgeber auch eine wirkungsvolle Begleitung dieser Jugendlichen vermissten. Sie würde gern im Rahmen dieses Spannungsfeldes erfahren, wer welche Aufgabe zu übernehmen habe. Frau Gebhardt als Geschäftsführerin des Jobcenters habe erklärt, dass es ihre Sache wäre, hier eine Brücke zu bauen und die Lücken mit entsprechenden Angeboten zu schließen.

Herr Vogt macht deutlich, dass es gerade für die Unterstützung der Jugendlichen und auch der Arbeitgeber während der laufenden Ausbildung seit zwei Jahren ein Programm „Assistierte Ausbildung“ gebe. Das Programm setze genau an dem geschilderten Punkt an. Es sei in zwei Phasen geteilt. Die erste Phase sei die Anbahnung der Ausbildung. Dort würde den Jugendlichen in den verschiedensten Bereichen ein Praktikum ermöglicht in der Hoffnung, dass sich daraus ein Ausbildungsverhältnis ergeben könne. Mit dem Beginn der Ausbildung beginne die zweite Phase. Dort bekomme der Jugendliche an mehreren Stunden in der Woche in den Fächern Nachhilfeunterricht, in denen es nötig sei und werde außerdem sozial-therapeutisch begleitet. Auch der Arbeitgeber werde in administrativen Dingen unterstützt. Daneben biete man die ausbildungsbegleitenden Hilfen an. Dabei handele es sich um reinen Nachhilfeunterricht, den die Jugendlichen in Anspruch nehmen könnten. Dieses Programm sei in den letzten Jahren sehr gut angenommen worden. Beide Programme seien komplett ausgelastet.

Zum ersten Teil der Frage von Frau Kaufmann gehe er davon aus, dass sie sich auf die schwer erreichbaren Jugendlichen bezogen habe. Da gebe es den neuen Paragraphen 16h im SGB II. Hier seien das Jobcenter und der Fachbereich eng im Kontakt und arbeiteten an Maßnahmen, die entwickelt werden könnten, um auch solche Jugendliche in die Regelsysteme Schule und Beruf zurückzuführen.

Herr Sondermeyer merkt an, dass er sich darüber freue, dass das Wort „Jugendliche“ anstelle des Wortes „Kunde“ verwendet worden sei.

Herr Gül stellt fest, dass sich das Angebot der Jugendberufsagentur von bisherigen Angeboten unterscheide. Die intensive Förderung sei besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders wichtig. Er schlage vor, diese Dinge auch mal im



Integrationsrat vorzustellen und lade die Vertreter der Jugendberufsagentur herzlich ein.

Frau Böhm betont, dass diese Informationen nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für die Partner der Jugendberufsagentur wichtig seien.

Herr Reinke bedankt sich für den Vortrag und wünscht weiterhin viel Erfolg bei der Umsetzung des Konzeptes.

6. . Bericht der Lenkungsgruppe "Kooperative Suchthilfeplanung"

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert an den Auftrag an die Verwaltung zu dem Thema „Suchtberatung unter einem Dach“, den der Jugendhilfeausschuss vor der Sommerpause im vergangenen Jahr formuliert habe. Seinerzeit habe man bereits im Herbst des letzten Jahres mit Ergebnissen gerechnet. Es sei aber schnell deutlich geworden, dass das nicht funktionieren werde. Er freue sich daher, dass er heute Herrn Schmidt vom Gesundheitsamt zu diesem Thema begrüßen könne, der zu dem Thema berichten werde.

Herr Schmidt berichtet aus der Lenkungsgruppe „kooperative Suchthilfeplanung“ **(siehe Anlage zu TOP 6)**.

Er sei der Geschäftsführer der Lenkungsgruppe und habe sich bei dem Vortrag an den Fragen der CDU-Fraktion vom 07.06.2016 orientiert.

Herr Reinke bedankt sich für den Vortrag und erinnert an die Entwicklung der Angelegenheit. Man habe sich natürlich noch ein weiterreichendes Ergebnis gewünscht. Man werde jetzt sehen, wie man weiter mit dem Ergebnis umgehen werde. Die Vorstellung sei die gewesen, dass man niedrighwelliger und breiter aufgestellt sein müsse. Zielvorstellung sei ein Zugang und ein Ansprechpartner für die Betroffenen. Man werde sehen, ob sich das verwirklichen ließe. Es würden ja auch noch weitere Beratungen folgen. Er fragt, ob der angekündigte Fachtag zu dem Thema Grundkompetenz am 03. Mai in Hagen stattfinde.

Herr Schmidt bestätigt, dass der Fachtag in Hagen stattfinde.

Herr Goldbach ergänzt, dass man am 15.12.2016 eine Klausurtagung zu dem Thema Jugendberatung mit den Kollegen der kommunalen Suchtberatung, Frau Keller und seiner Person gehabt habe. Man habe vereinbart, bis März diesen Jahres ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Das habe immer zur Folge, dass sich jemand in seinem Aufgabenspektrum verändern müsse und sei nicht immer leicht umzusetzen.



Frau Buchholz äußert sich als betroffener Träger. Natürlich sei man bereit, Angebote zu verändern und Konzepte umzustellen. Man müsse sich aber die Frage stellen, was wegfallen könne, wenn etwas Neues komme. Es sei ja leider nicht mehr so, dass die Übertragung von neuen Aufgaben mit zusätzlichen Mitteln vergütet würde. Der Förderumfang sei schon lange eingefroren und auf gleichem Niveau. Dem stünden wachsende Personalausgaben gegenüber. Grundsätzlich sei eine Entwicklungsbereitschaft vorhanden. Wenn die Politik neue Aufgaben einfordere, müsse klar sein, dass andere Angebote wegfallen müssten oder dafür zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssten.

Herr Reinke nimmt den Hinweis, das Thema noch in der Politik beraten zu müssen, gerne auf. Wenn Hilfe von Seiten der Politik gebraucht würde, sei man gesprächsbereit.

Herr Schmidt spricht die Drogendelikte an Schulen an. Das bewege sich in Hagen nicht auf dramatischem Niveau und habe sich nur in geringem Maße erhöht. Der Konsum von Drogen an Schulen sei allerdings weit verbreitet und sei ein großes Problem.

Herr Reinke fragt, ob man dazu einen Bericht der Verwaltung auch aus Sicht der Schulen bekomme könne, wie die Situation sich darstelle.

Herr Goldbach sagt einen gemeinsamen Bericht in Kooperation mit der Polizei zu.

**7. . Urteil des VG Arnsberg hinsichtlich der Elternbeitragssatzung ab dem 01.10.2015
hier: Unterrichtung des JHA und des HFA
Vorlage: 0118/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke verweist auf die ausgelegte Tischvorlage (**siehe Anlage zu TOP 7**) zu dem eingeschobenen Tagesordnungspunkt, die über das Urteil des Verwaltungsgerichtes Arnsberg hinsichtlich der Elternbeitragssatzung ab dem 01.10.2015 Auskunft gebe.

Er habe in der Zwischenzeit bereits wahrgenommen, dass der Pressebericht vom vergangenen Samstag nicht ganz zutreffend gewesen sei.

Frau Kaufmann merkt an, dass es sich um eine umfangreiche und komplizierte Materie handele. Die Vorlage sei unter Federführung des Rechtsamtes unter Beteiligung des Fachbereichs Jugend und Soziales ganz kurzfristig erstellt worden. Sie bittet um Verständnis, dass sie als Tischvorlage ausgelegt worden sei, aber sie habe erst am heutigen Tag fertiggestellt werden können.



Das Urteil sei der Vorlage beigelegt. Die Urteilsbegründung habe die Stadt Hagen nicht überzeugt, so dass man innerhalb des zeitlichen Rahmens zusätzliche Rechtsmittel eingelegt und Berufung beantragt habe.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen.

Das Urteil des Gerichtes mache keine Aussage darüber, dass die Beitragshöhe in Hagen nicht zulässig sei. Das Urteil beinhalte lediglich, dass man den Weg der Entscheidungsfindung nicht für richtig halte. Die Stadt habe die Berufung beantragt. Mit einer Entscheidung, ob die Berufung zulässig ist, sei nicht vor September zu rechnen. Wenn diese zulässig sei, könne man mindestens noch mit einem weiteren Jahr rechnen, bis eine Entscheidung der nächsten Instanz vorliege.

Frau Kaufmann betont, dass entgegen aller anderen Verlautbarungen die Elternbeiträge weiterhin gültig und auch zu zahlen seien. Die Gebührensatzung bleibe auch weiterhin in Kraft. Alle Informationen zu dem Thema könnten der Vorlage entnommen werden.

Herr Hannusch berichtet, dass die ersten Anträge eingetroffen seien, so wie es in der Presse empfohlen worden sei. Man sei gerade dabei, eine einheitliche Sprachregelung für die Antwort an die Eltern abzustimmen.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass es der Verwaltung wichtig sei, dem Ausschuss gegenüber vollkommene Transparenz bezüglich des Urteils und des weiteren Vorgehens zu zeigen. Sollten sich Fragen zu der Thematik ergeben, bitte sie, diesbezüglich Herrn Hannusch zu kontaktieren.

Herr Reinke führt aus, dass man in seiner Fraktion darüber beraten und gebeten habe, dass das Urteil zur Verfügung gestellt würde. Das sei hiermit erfüllt. Er könne sich daran erinnern, dass es seinerzeit ein langwieriger und schwieriger Prozess mit breiter Unterstützung der Verwaltung gewesen sei, diese Satzung zu erstellen. Er als Ratsmitglied würde nachfragen, wenn er den Eindruck habe, dass ihm zur Entscheidung nicht genug Informationen vorliegen würden. Auch der Rat hätte diese Möglichkeit gehabt, eine Entscheidung zu vertagen. Er persönlich sehe gute Chancen für die Berufung und unterstütze die Verwaltung dahingehend.

Herr Sondermeyer möchte wissen, wer die Verwaltung bei diesem Gerichtsverfahren ganz konkret vor Gericht vertreten habe.

Herr Reinke schlägt vor, diese Frage in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen



8. . Psychisch kranke Kinder und Kinder psychisch kranker Eltern Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass der Wunsch nach einem solchem Bericht aus dem letzten Jahr stamme, als es um die Anforderungen der psychologischen Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen gegangen sei.

Herr Goebels berichtet über psychisch kranke Kinder und Kinder psychisch kranker Eltern (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Herr Schmidt ergänzt die Ausführungen.

Herr Reinke berichtet, dass er zu Beginn seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses die Gelegenheit gehabt habe, anlässlich eines Fachtages ein Grußwort zu sprechen. In diesem Zusammenhang habe er sich zum ersten Mal mit diesem Thema befasst und habe Beiträge unter dem Stichwort „Die vergessenen Kinder“ gefunden. Da sei ihm die ganze Tragweite der Problematik erst bewusst geworden und er sei froh zu hören, dass nun eine ganze Menge in dem Bereich getan werde. Lügen Fallzahlen vor?

Herr Goebels legt dar, dass man sich den stationären Bereich näher angeschaut habe. Aktuell habe man ca. 180 Kinder im Rahmen der Hilfen zur Erziehung stationär untergebracht. Bei 90 % der Kinder lägen bei deren Eltern eine psychische Erkrankung oder eine Suchterkrankung vor oder die Kinder hätten eine Gewalterfahrung gemacht. Diese drei Faktoren führten in der Regel zu einer stationären Unterbringung. Diese hohe Zahl habe die Verantwortlichen betroffen gemacht. Bei der Betreuung von Kindern substituierter Eltern befinde man sich in regem Austausch mit dem Allgemeinen Krankenhaus und der Drogenhilfe. In dem Bereich müssten Kinder auch in Obhut genommen werden. Das sei in 37 Fällen geschehen, weil man das nicht mehr habe verantworten können, dass die Kinder in Obhut ihrer substituierten Eltern blieben.

Frau Kaufmann betont, dass man an dieser Stelle die hohe Qualität dieser Arbeit sehe. Herr Goebels und seine Mitarbeiter/innen erführen dafür eine hohe Anerkennung von allen Seiten und insbesondere von Seiten der Verwaltungsspitze. Man habe vor einiger Zeit eine Fachtagung für Erzieher/innen zu dem Thema „Traumatisierte Kinder“ gehabt. Sie sei enttäuscht gewesen, dass daran kaum Vertreter der Freien Träger teilgenommen hätten, weil dieses Thema immens wichtig sei. Es müsse ganz dringend auf den ganzen Bereich „Schule“ ausgeweitet werden. Ihr Wunsch sei, dass man die Schulsozialarbeiter diesbezüglich schule und überlege, wie man bei den Lehrern eine höhere Sensibilisierung und ein Bewusstsein für diese Problematik erziele.

Herr Schmidt macht deutlich, dass immer mehr Menschen in ihrem Leben ein oder mehrmals psychisch krank würden. Das bedeute aber nicht automatisch, dass alle Kinder von einem psychisch kranken Elternteil auch psychisch krank würden.



Es gebe in dem Zusammenhang ein interessantes Projekt „Verrückt-na-und“, das gemeinsam mit Schulen gemacht werden könne. Die Internetseite dieses Schulprojektes sei zu finden unter: www.verrueckt-na-und.de/.

**9. . Projekt Kooperation mit der Polizei Hagen und dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Fachbereiches Jugend und Soziales für straffällig gewordene Kinder aus EU-Zuwandererfamilien
Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goebels berichtet über das Projekt „Kooperation mit der Polizei Hagen und dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Fachbereiches Jugend und Soziales für straffällig gewordene Kinder aus EU-Zuwandererfamilien (siehe Anlage zu TOP 9).

Herr Passehl von der Polizei ergänzt die Ausführungen. Anfangs habe man pro Monat ca. 8 Fälle gehabt und seit zwei Monaten habe man nur noch 5 Fälle pro Monat.

Herr Goebels bewertet die geleistete Arbeit als Erfolg. Natürlich müsse man diese Entwicklung nochmal abwarten, ob sie so positiv weitergehe.

Herr Dittert äußert sich als Jugendschöffenrichter. Es gebe einige Familien, die regelmäßig auffällig würden. Außerdem sei die Sprachbarriere ein ganz großes Problem. Die Scheu vor Polizei und Gericht sei groß und man ziehe sich lieber zurück als zu kooperieren. Sein Eindruck sei, dass bei den Jugendlichen ein ganz anderes Verständnis zugrunde liege. Er halte die Kooperation für ein sinnvolles Projekt.

Herr Goebels ergänzt, dass man aus diesem Grunde auch die Eltern mit einbeziehen wolle. Der Rat am Ring habe eine Beratung angeboten, die erstaunlicherweise von vielen Eltern angenommen worden sei. Man halte das zusammen mit der Jugendgerichtshilfe im Auge. Er halte es für besser, frühzeitig zu agieren als zu warten, bis das Kind mit 14 strafmündig sei. Da könne es in der Vielzahl der Fälle zu spät sein. Er berichtet noch von einem anderen Projekt, das man auch für diese Zielgruppe mit den Hagener Grundschulen gemacht habe. Man habe mit den Grundschulen vereinbart, dass diese eine Meldung darüber machten, wenn ein Grundschulkind aus einer EU-Zuwandererfamilie die Grundschule nicht besucht. Dann werde über den Allgemeinen Sozialen Dienst ein Hausbesuch gemacht, um auf die bestehende Schulpflicht hinzuweisen. Das habe zur Folge gehabt, dass einige Kinder wieder regelmäßiger die Schule besuchten. Man habe außerdem bei den Hausbesuchen festgestellt, dass in der Regel keine Vernachlässigung der Kinder vorliege.

Herr Passehl erklärt auf Frage von Herrn Reinke, dass das Projekt „Kurve kriegen“ jetzt eine Initiative sei. Er schlage vor, darüber mal zusammen mit dem Pädagogen im Ausschuss zu berichten.

Herr Reinke nimmt das Angebot dankend an.



10. . Nachbenennung eines Vertreters der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0049/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist darauf hin, dass die Nachbenennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss hier zur Kenntnis vorliege. Die Beschlussfassung finde am 16.02.2017 im Rat statt.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

Die Nachbenennung der neuen Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

11. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18:25 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin



Stadt Hagen – Jugendhilfeausschuss – **ANWESENHEITSLISTE**

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.02.2017
Ort: Rathaus an der Volme, Raum A 201

Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18.40 Uhr

1. Mitglieder des Rates:

Sven Söhnchen (SPD)
Marianne Cramer (CDU)
Corinna Niemann (CDU) bis 17.25 Uhr
Detlef Reinke (CDU)
Ralf Sondermeyer (Linke)

2. Stellv. Mitglieder des Rates:

Anja Engelhardt (SPD)

3. Stimmberechtigte Mitglieder in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Karin Köppen bis 17.25 Uhr
Manfred Handel

4. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder In der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Ulrich Hässner

5. Stimmberechtigte Mitglieder Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannten Träger der Freien Jugendhilfe (von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)

Birgit Buchholz
Thomas Koslowski
Mandy Gericke

6. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannte Träger der Freien Jugendhilfe (von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)

keine



7. Beratende Mitglieder:

Margarita Kaufmann
Reinhard Goldbach
Andreas Dittert
Michael Dahme
Angelika Hamann
Liane Baumann
Paula Purps
Beyza Öztaskin
Aydogan Gül
Marc Tönis
Birgit Utsch-Asbach

8. Stellv. beratende Mitglieder:

Christian Goebels
Klaus-Dieter Kreuser
Martina Müller

9. Gäste:

Frau Böhm Agentur für Arbeit
Herr Vogt Jobcenter Hagen

10. Von der Verwaltung:

Herr Schmidt 53
Frau Haack 55/045
Frau Keller 55/3
Herr Hannusch 55/4

Schriftführerin: Sabine Hogrebe